Nr. 283 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 142

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,— M., für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 80 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 1,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Dienstag, den 21. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Englische Reichskonferenz.

Am Montag ist in London die sogenannte Reichskonferenz zusammengetreten, ein Kabinettsrat, an dem die ersten Minister aller englischen Kronländer teilnehmen. Die letzten Reichskonferenzen fanden in den Jahren 1917 und 1918 statt. Bereits auf der Konferenz von 1917 wurde ins Auge gefaßt, möglichst bald nach Friedensschluß eine konstituierende Versammlung aller Kronländer nach London zu berufen, um das englische Weltreich verfassungsrechtlich auf neue Grundlagen zu stellen. Die Reichskonferenz, die augenblicklich in London tagt, wird diese Aufgabe nicht lösen. Das Programm beschränkt sich auf außenpolitische Fragen, die allerdings von außerordentlicher Tragweite sind. Neben der Frage der nationalen Verteidigung zu Lande, zu Wasser und in der Luft steht das englisch-japanische Bündnis im Vordergrund des Interesses. Dieses Bündnis ist sozusagen der Angelpunkt der englischen Politik.

Während des Krieges kämpften zwar die Vereinigten Staaten und Japan Seite an Seite, aber die Gegensätze wurden dadurch nicht verwischt. Die Vereinigten Staaten und Japan bleiben Rivalen im Stillen Ozean; Amerika kann sich auch heute noch nicht entschließen, die gelbe Rasse als gleichberechtigt in seinem Lande aufzunehmen. Auf diese Gegnerschaft muß England Rücksicht nehmen, wenn es bei einer Erneuerung des Vertrages mit Japan die amerikanische Freundschaft nicht einbüßen soll, an der ihm auch im Hinblick auf die europäische Politik sehr viel gelegen ist. Es ist beachtenswert, daß sich die Kronländer Australien und Neu-Seeland in der japanischen Frage auf halbem Wege mit den Vereinigten Staaten treffen. Auch hier fürchtet man das Vordringen der gelben Rasse als eine Lebensgefahr und die ersten Minister dieser Kronländer Hughes und Massey erklärten vor ihrer Abreise nach London, daß auf die Interessen ihrer Länder bei einer Verlängerung des Vertrages mit Japan Rücksicht genommen werden muß. Es ist deshalb sehr geschickt von Lloyd George, wenn er in seiner Eröffnungsrede den Ton auf die Gleichberechtigung der Rassen legte und auf die Verdienste Japans während des Krieges hinwies. Es ist anzunehmen, daß man für die Lösung der „gelben" Frage eine Japan möglichst wenig verletzende Formel suchen wird, da eine Aufkündigung des Vertrages kaum im englischen Interesse liegen würde. Immerhin ist es nicht leicht, zu gleicher Zeit für den Handel mit China das Prinzip der offenen Tür zu verlangen, wie es augenblicklich von England und den Vereinigten Staaten geschieht, und in der Einwanderungsfrage der gelben Rasse einen Sonderstandpunkt einzunehmen.

In Deutschland wird man dem Verlauf der Reichskonferenz mit Aufmerksamkeit folgen. Auch wir können es nur begrüßen, wenn die Einheit des englischen Reiches sich weiter befestigt und wenn möglichst weite Bereiche des Erdballs der kriegerischen Atmosphäre entzogen werden. Aber wir blicken mit einer gewissen Ungeduld auf Europa, wo es sich heute noch verhältnismäßig kleine Nationen erlauben dürfen, angesichts der Vertreter Englands mit Recht, Gesittung und Zivilisation Schindluder zu treiben.

Lloyd Georges Rede.

London, 21. Juni. (Reuter.) In der gestrigen ersten Sitzung der britischen Reichskonferenz, auf der die Premierminister der Dominions anwesend waren, hielt Lloyd George eine Rede, in der er ausführte: Die Entwaffnung Deutschlands kann als gelöstes Problem bezeichnet werden. Die deutsche Flotte ist verschwunden, ebenso die österreichische. Die deutsche Armee, die eine gewaltige Macht darstellte und nach Millionen zählte, besteht nicht mehr. Sie ist jetzt wenig mehr als 100 000 Mann stark. Sie hatte Zehntausende von Geschützen, große und kleine, und hat jetzt wenige hunderte. Sie hatte eine außerordentliche Zahl von Maschinengewehren und Grabenmörsern. Auch diese sind dahin. Sie hatte Millionen von Gewehren. Sie wurden abgeliefert. Ferner ungefähr 30 Millionen Schuß Artilleriemunition. Auch diese sind ihr genommen. Freilich bestehen noch einige Arten von irregulären Formationen, die wir noch nicht völlig erfaßt haben. **Es ist nicht so sehr Preußen, das zur Beunruhigung Anlaß gibt, als Bayern.** Diese Schwierigkeit wird aber, wie ich annehme, in sehr kurzer Zeit überwunden sein, so daß das Problem der Entwaffnung, ein sehr vitales, weil so lange Deutschland eine große Armee und starke Bewaffnung hatte, keine Garantie für den Frieden bestand, verschwinden wird. Diejenigen von uns, welche wissen, **wie sehr Sieg und Niederlage auf des Messers Schneide stand**, können ohne Zögern erklären, daß ohne die zwei Millionen Mann, die von außerhalb des Vereinigten Königreichs kamen, das Preußentum wahrscheinlich im Westen nach Osten triumphiert haben würde, bevor die amerikanischen Truppen an der Front eintrafen. Die zwanglose Einheit des britischen Reichs hat Frankreich, England und die Zivilisation vor einer Katastrophe gerettet. Vollends aber werde der Weltfrieden erst wieder hergestellt sein, wenn die Grenzen Polens festständen und der Friede mit der Türkei geschlossen sei. Das erste Erfordernis für einen dauerhaften Frieden sei, daß die Unterzeichner die Verträge einhalten müßten. Japan sei ein treuer Verbündeter Englands gewesen, und die britische Politik könne **niemals irgendwelche Unterschiede zwischen Rasse und Zivilisation**, zwischen Osten und Westen machen, denn dies könnte für das Reich verhängnisvoll sein. Lloyd George erklärte zum Schluß, das britische Reich gründe sich nicht auf die Gewalt, sondern auf den guten Willen und gemeinsames Verständnis.

Ueber das Bündnis zwischen England und Japan

sagte der Premierminister u. a. noch: Wir wünschen diese wohl erprobte Freundschaft beizubehalten und auf die Lösung aller Fragen im fernen Osten anzuwenden, wo Japan besondere Interessen hat und wir ebenso wie die Vereinigten Staaten gleiche Möglichkeiten und offene Tür wünschen. Unter diesen Fragen ist nicht die geringste die Zukunft Chinas, das von England ebenso wie von den Vereinigten Staaten wohlwollende Behandlung und fair play erhalten könne. Es kann der Welt kein größeres Unglück widerfahren als eine weitere Verschärfung in der Scheidung der Welt nach Westen. Das freundschaftliche Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten ist für uns ein Kardinalgrundsatz. Wir wünschen mit der größten Republik in allen Teilen der Welt zusammenzuwirken. Ebenso wie die Vereinigten Staaten wollen wir Stetigkeit und Friede auf der Grundlage der Freiheit und der Gerechtigkeit. **Ebenso wie Amerika wünschen auch wir das Einstellen der Rüstungen, sowohl im Stillen Ozean als auch an anderen Orten.** Indessen verkenne ich nicht, daß die Macht zur See notwendigerweise die Grundlage des gesamten Bestandes des Reiches bedeutet. Wir müssen daher die Maßnahmen in Betracht ziehen, die unsere Sicherheit erfordern. Mehr wollen wir nicht, **können jedoch auch nicht mit weniger zufrieden sein.**

London, 21. Juni. (TU.) Lloyd George führte weiter aus, daß die Konferenz in einem Augenblick stattfinde, wo der Zustand in Großbritannien sehr gespannt sei und viele Teile der Welt mit ernsten Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Es sei unvermeidlich, daß die Völker, welche im Kriege so riesenhaft angespannt waren und die im Kriege so große Verluste an Menschenleben und Besitz erlitten hatten, die Folgen davon jetzt zu spüren hätten. In Europa, so sagte Lloyd George weiter, gibt es Länder, wo die Armut und das Elend entsetzlich ist, und Großbritannien tut sein Möglichstes, um zu Hilfe zu eilen. Trotzdem vieles vorhanden ist, was entmutigt, ist Lloyd George davon überzeugt, daß die Welt die Schwierigkeiten langsam überwinden wird. Die erste Notwendigkeit für einen Frieden ist, daß man

die Hand auf die Verträge

legt, die man besitzt. Die Völker der Welt begreifen in viel höherem Maße als vor dem Kriege, daß sie voneinander abhängig sind. In der Wiederherstellung Europas können nur dann Fortschritte gemacht werden, wenn die Verträge auch zur Ausführung gelangen. Es kann sein, daß hier und da einige Erleichterungen gewährt werden, sobald zu bemerken ist, daß neue Zustände eingetreten sind und alle Teile sich mit diesen einverstanden erklären. Wir haben schon jetzt solche Erleichterungen zugestanden, indem wir mehr Zeit für die Bezahlung der Schadenvergütung und mehr Zeit für die Entwaffnung und die Verfolgung der Kriegsmissetäter gewährt haben. Wir haben dem deutschen Volk Konzessionen gemacht, aber in den Fällen, wo eine Zustimmung nicht erteilt wird, müssen die Verträge auch zur Ausführung gelangen. Kein Unterzeichner besitzt das Recht, einen Teil des Vertrages, den wir zusammen aufgestellt haben, zu verneinen. Das britische Reich von einem Ende zum anderen ist durch seine Ehre und ebenso sehr durch sein Interesse an den Verträgen, die es unterzeichnet hat, gebunden. Wenn die Treue zu den Verträgen nicht gewahrt wird, wird die Periode der Desorganisation, des zunehmenden Elends und des Krieges fortdauern. Würde ein derartiger Zustand lange andauern, dann würde die Kultur sehr leicht vernichtet werden können.

Ueber das Grundgesetz des britischen Reiches

sagte Lloyd George, daß die britische Regierung alle Vorschläge, welche durch die sich selbst verwaltenden Kolonien für eine engere Zusammenarbeit im Interesse der Fortführung der auswärtigen Politik gemacht werden sollten, gern empfangen würde. Es gab eine Zeit, wo Downing Street das Reich beherrschte. **Heutzutage ist das Reich über Downing Street gestellt.** Der Krieg hat der Welt und auch uns selbst enthüllt, daß das britische Reich kein abstrakter Begriff, sondern eine lebende Kraft ist. Wer hätte vor dem Kriege wohl geglaubt, daß das Reich außer Großbritannien zwei Millionen Soldaten und mehr auf die Beine hätte bringen und nach den Schlachtfeldern hätte senden können, um für die gemeinsame Sache Seite an Seite mit dem Vereinigten Königreiche zu kämpfen? Auch andere Reiche haben Menschen aller Rassen, Sprachen und Traditionen unter ein Regierungssystem vereinigt, aber das britische Reich unterscheidet sich von anderen in einem sehr wichtigen Punkte: Es beruht nicht auf Macht, sondern auf Wohlgeneigtheit und auf gegenseitigem Verstehen. Bindender Grundzug ist die Freiheit. Wo dieser Grundzug bisher noch nicht besteht, wird er nach und nach eingeführt.

Fascisten und Sozialisten.

O. L. **Rom**, 18. Juni.

Um den Eindruck zu schmälern, den das von unserer Partei erzielte Wahlresultat in den bürgerlichen Kreisen gemacht hat, die unter dem fascistischen Terror das Zurückgehen der Parteifraktion auf ein Drittel oder auf die Hälfte vorausgesagt hatten, gefallen sich die bürgerlichen Blätter darin, von einer poltischen Schwankung der Sozialisten nach rechts zu sprechen. „Wohl sind 122 Sozialisten gewählt worden, aber sie sind anderen Schlages als die der vorigen Fraktion", sagt man und redet von dem Uebergewicht der „reformistischen" Elemente als einer Errungenschaft des letzten Wahlkampfes.

Es ist dies eine vollständige Entstellung der Tatsachen. Die sozialistische Fraktion war auch in der vorigen Kammer in der Mehrheit gemäßigt; wenn sie es in der neuen in noch höherem Maße sein sollte, so erklärt sich das aus dem Ausscheiden der Kommunisten, die eine eigne, 15 Mandate zählende Fraktion bilden. Der Wahlkampf im Zeichen des Fascismus war wahrhaftig nicht dazu angetan, eine Partei, wie die unsere, nach rechts zu orientieren. Wenn es gar nach dem Herzen der Reaktion gegangen wäre, wenn ein großer bürgerlicher Block den Schwerpunkt der neuen Kammer gebildet hätte, mit ein paar Sozialisten als historischen Ueberbleibseln, so wäre die dezimierte sozialistische Fraktion sicher ganz auf negativem und kritischem, auf „revolutionärem" Gebiet geblieben.

Wir glauben fest an eine fortschreitende Orientierung nach rechts in unserer Partei, aber nicht als Ausdruck einer verschiedenen Zusammensetzung der Parlamentsfraktion und gar als Folge des mit Feuer und Schwert von der Reaktion geführten Wahlkampfes. Es wird nicht genau so zugehen, wie es der fibelmäßigen Darstellung der bürgerlichen Blätter entsprechen würde: „Als die wackern Fascisten mit Handgranaten kamen, sagten sich die bösen Sozialisten von der Gewalt und von der Revolution los und traten in die Regierung ein". So einfach ist es denn doch nicht, einer Partei von außen eine Richtung aufzuzwingen, selbst wenn man mit Bomben an die Arbeit geht.

Es ist nicht der Druck der Bourgeoisie, der die Partei zu einer Richtungsänderung zwingt, es ist vielmehr die Unfähigkeit der Bourgeoisie, ihrer geschichtlichen Funktion mit eignen Kräften weiter gerecht zu werden.

Mit dem Fascismus hängt das insofern zusammen, als dieser einen augenfälligen Beweis dieser Unfähigkeit darstellt. Nach einer Statistik, die der „Avanti" vom 16. d. veröffentlicht, sind seit dem 1. Januar bis zum 31. Mai 202 Personen durch Fascisten getötet und 1144 verwundet worden; 120 Arbeiterkammern wurden verbrannt, zerstört oder doch schwer beschädigt, ebenso 243 Volkshäuser; 2240 Arbeiter und Parteigenossen wurden im Anschluß an diese Gewalttaten verhaftet und 102 Fascisten. Diese Zahlen beweisen, daß der Reaktion jedes Mittel recht war, um die Sozialisten zu bekämpfen: Gewalt, mit Mord und Brand, und Rechtsbeugung, die die Opfer verhaftet und die Schuldigen frei läßt. Eine Regierung, die soweit herunterkommt, ihr Heil und ihre Stütze in einer derartigen Bewegung zu suchen, beweist dadurch, daß sie sogar das Vertrauen in ihre eigne Gesetzlichkeit verloren hat.

Fügt man hinzu, daß die unter so großer moralischer Einbuße des Staates entfaltete rohe Gewalt nicht einmal den Erfolg der materiellen Knebelung der sozialistischen Partei erreicht hat, so wird man zugeben müssen, daß wohl selten eine Legislaturperiode im Zeichen so großer Erschütterung des Staatsprestiges eingeleitet wurde. Auch die Bewegung der Staatsbeamten ist nicht dazu angetan, das Gefüge des heutigen Staates zu festigen und ihm Achtung zu sichern. Die Bewegung ist abgebrochen worden, in Erwartung der von der Kammer versprochenen Reformen, aber ihre Folgen, besonders im Postdienst, dauern noch an, da z. B. die rückständigen Briefe und Drucksachen, die teilweise seit einem halben Monat lagern, bis jetzt noch nicht den Adressaten zugestellt worden sind. Die sozialistische Fraktion fordert die Widerrufung der Maßregelungen, zu der sich die Regierung nicht verstehen kann, ohne ihr Ansehen aufs Spiel zu setzen.

Angesichts der Tatsache der Erschütterung der Regierungsgewalt und der gleichzeitigen Erstarkung des Klassenbewußtseins der Bourgeoisie, die sich heute mit einer bisher ungekannten Energie um ihre Privilegien wehrt, liegt die Gefahr klar am Tage, daß die bedingungslose Opposition der Sozialisten die Regierung den reaktionärsten Elementen der Bourgeoisie in die Arme treiben muß, namentlich jenen Großindustriellen und Agrariern, die sich als Geldgeber des Fascismus bewährt haben. Für diese sind sehr konkrete Interessen auf dem Spiel: Achtstundentag, Fabrikkontrolle, Aufteilung des Großgrundbesitzes.

Die sozialistische Fraktion muß bereit sein, durch positive Arbeit die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu ver-

teidigen und wird nicht einer vorgefaßten Formel wegen es zugeben, daß die Regierung, aus Mangel an Unterstützung von ihrer Seite, den reaktionärsten Cliquen ausgeliefert wird. Diese Notwendigkeit ist lebendig im Bewußtsein der Massen und spiegelte sich deutlich in der Diskussion wieder, mit der die neue Parlamentsfraktion ihre Arbeiten eingeleitet hat. Begreiflicherweise wurde keine prinzipielle Entscheidung getroffen, denn die Fraktion ist an die Kongreßbeschlüsse von Bologna und Livorno gebunden. Trotzdem ließ aber die Fraktion von der Taktik ab, sich nicht an den Wahlen für das Kammerpräsidium zu beteiligen, so daß als Vizepräsident Gen. Dr. Casalini gewählt wurde. Desgleichen hat man von der antidynastischen Demonstration abgesehen, die bei der vorigen Thronrede inszeniert worden war, wobei die sozialistische Fraktion sich nach dem Eintritt des Königs in die Aula unter dem Ruf „Es lebe der Sozialismus" ostentativ entfernte. Diesmal sind alle Sozialisten, ebenso wie die Kommunisten und Republikaner, der Thronsitzung ferngeblieben. Was die Taktik betrifft, so hat sich die Fraktion, ohne eine prinzipielle Resolution anzunehmen, auf die folgenden Punkte festgelegt: energische Opposition gegen das Ministerium Giolitti, Vertretung der Rechte jener Wahlbezirke, deren Wahlfreiheit durch die Fascisten vergewaltigt worden ist; Forderung parlamentarischer Beschlußfassung in Sachen der äußeren Politik, damit diese sich fern halte von neuen Abenteuern und von jeder Verletzung der Freiheit und Selbständigkeit der Völker; Wiedervorlegung aller sozialen Gesetzesentwürfe, die durch die Auflösung der vorigen Kammer nicht zur Annahme gelangt sind, namentlich des Gesetzes über den Achtstundentag und über die Kranken- und Altersversicherung; Ausarbeit und Vertretung einer konkreten Arbeitspolitik, die unter Verwertung der Gewerkschaften die Folgen der Arbeitslosigkeit weniger fühlbar macht; Verteidigung des Koalitionsrechts, auch der Staatsbeamten, und Forderung der Zurückziehung der Maßregelungen, im Anschluß an die soeben beendete Bewegung. Schließlich hat die Fraktion ihr „Direktorium" ernannt, in das die bekanntesten Reformisten, wie Turati, Matteotti und Baldesi gewählt wurden.

Zunächst wird sich die Fraktion also gegen das heutige Kabinett wenden, dem die Schuld für die Entfesselung des Fascismus zufällt. Inzwischen hofft man, wenn nicht auf die Einberufung eines neuen Parteitages, so doch auf die des Nationalrates, um einen Konflikt zwischen Partei und Fraktionsvorstand zu vermeiden. Der aus dem Parteitag von Livorno hervorgegangene Parteivorstand aus „gemäßigten Kommunisten" kann sich nicht mit dem Gedanken der Unterstützung irgendeiner Regierung befreunden, was in der Praxis bedeuten würde, daß sich das neue Kabinett des Nachfolgers Giolittis auf die Klerikalen stützen müßte, um eine Mehrheit zu haben.

Wie viel inneren Zwiespalt die italienische Partei auszutragen hat — einen Zwiespalt, der bei einer entscheidenden Wahlniederlage, wie sie die Gegner geträumt hatten, gar nicht in die Erscheinung getreten wäre — geht aus der Tatsache hervor, daß am 15. d. Lazzari, Maffi und Riboldi im Auftrage des Parteivorstandes nach Moskau gereist sind, um die Aufnahme in die Dritte Internationale zu erwirken.

Wir glauben, daß die Reise nach Moskau zu nichts anderm führen kann, als zu einem Mißerfolg: wie kann Italien zwei Sektionen der Dritten Internationale haben, die kommunistische und sozialistische Partei? Und eine definitive Absage von Moskau her wird dazu beitragen, die italienischen Parteiverhältnisse zu klären.

Heute steht die Partei unter dem Einfluß ihres Wahlerfolges, den man im Ausland in seiner ganzen Bedeutung nicht ermessen kann, weil man den Umfang des fascistischen Terrors nicht ermißt. Dieser Wahlerfolg verpflichtet und die führenden Persönlichkeiten in unsern Reihen sind sich dieser Verpflichtung bewußt. Das bedeutet einen „Ruck nach rechts", aber der Anstoß zu ihm kommt wahrhaftig nicht von den Fascisten.

Die Schlagwetterkatastrophe auf Mont Cenis.

Herne, 21. Juni. Von den bei der Schlagwetterexplosion auf der Zeche Mont Cenis Verunglückten sind nach einer amtlichen Meldung bis gegen 2 Uhr nachts 68 Tote und 73 Verwundete, darunter 26 Schwerverletzte, geborgen.

Wie zu vorstehender Meldung ergänzend mitgeteilt wird, ist inzwischen die Zahl der verunglückten Bergarbeiter weiter gestiegen. Bis heute morgen 3 Uhr waren 71 Tote geborgen, außerdem sind von den schwerverletzten Bergleuten sieben im Bochumer Krankenhaus gestorben. Die Zahl der Verwundeten beträgt über 70. Die Bergungsarbeiten werden fortgesetzt. Zurzeit der Explosionen waren auf der Zeche 1200 Mann anwesend. Im Schacht befinden sich noch immer zahlreiche Mannschaften, obwohl die Rettungsmannschaften der umliegenden Zechen alles daran setzen, um an den eigentlichen Herd der Katastrophe zu gelangen. Die Gefahr einer zweiten Explosion ist zur Stunde noch nicht beseitigt.

Unter den Verunglückten befinden sich zahlreiche Bergleute, die erst vor kurzem von der stillgelegten Zeche „Maximilian" bei Hamm auf die Zeche „Mont Cenis" verlegt worden waren. Viele Verwundete haben durch die heftige Rauchentwicklung schwer zu leiden. Der durch die Explosion und den Brand angerichtete Schaden ist sehr bedeutend und wird voraussichtlich eine längere Betriebsstörung zur Folge haben.

Nach dieser Meldung stellt sich die Katastrophe weit schwerer dar, als nach den letzten durch WTB. ausgegebenen Meldungen erschien. Gerade die Bergarbeiterschaft ist durch ihren schweren Beruf besonderen Gefahren ausgesetzt, und die betroffenen Familien können des tiefen Mitgefühls der gesamten deutschen Arbeiterschaft sicher sein. Neben der Linderung der größten, durch den Tod zahlreicher Ernährer entstandenen Not muß es nunmehr als Hauptaufgabe gelten, die Ursache des Unglücks aufzuklären, bzw. zu ermitteln, ob auf irgend einer Seite ein schuldhaftes Verhalten vorliegt. Die Arbeiterschaft muß fordern, daß sie bei dieser Untersuchung hinzugezogen wird.

Der schlimmste Schurkenstreich.

Die „Rote Fahne" über den Gewerkschaftshaus-Krawall.

Gestern haben Arbeitslose, unter die sich allerhand verbrecherisches Großstadtgesindel eingeschlichen hatte, einen Sturm auf das Gewerkschaftshaus unternommen, das Eigentum der organisierten Arbeiterschaft schwer beschädigt, die angestellten Vertrauensmänner an Leib und Leben bedroht, einen von ihnen, den alten Sabath, den Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission, den die bürgerliche Presse fälschlich als Mehrheitssozialisten bezeichnet — er ist Unabhängiger —, durch Hiebe auf den Kopf so übel zugerichtet, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gibt es einen organisierten Arbeiter, überhaupt einen anständigen Menschen, der sich nicht mit Scham und Abscheu von solchen Szenen abwendet? Kann man begreifen, daß ein Blatt, das ein „Arbeiterblatt" sein will, statt von solchen Schädlichkeiten abzumahnen, zu neuen Ausschreitungen solcher Art aufreizt?

Die „Rote Fahne" bringt auch das fertig. Mit frecher Stirne lügt sie:

Ein Stoßtrupp von Gewerkschaftsangestellten hatte den traurigen Mut, **Gummiknüppel, Eisenstangen und Schußwaffen gegen unbewaffnete Arbeitslose zu gebrauchen und den Anlaß zu liefern, daß zwei Hundertschaften Sipo eintreten konnten.** Das Gewerkschaftshaus unter dem Schutz der Sipol Ein Alarmzeichen für die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft! . . .

Vor uns auf dem Tisch liegt die Eisenstange, **die Sabath geschwungen hatte,** liegen Gummiknüppel, liegt ein Gummischlauch, mit denen sich die Gewerkschaftsbureaukraten ausgerüstet hatten; ein Beweis dafür, **daß sie sich bewußt für Prügelszenen gegen die Demonstranten gewappnet haben, daß sie nicht mit Worten zu den Arbeitslosen sprechen wollten, sondern mit Gummiknüppeln.**

Die Verantwortung dafür, daß die Prügelszenen von den bis aufs Blut gereizten hungernden Arbeitslosen nicht unbeantwortet blieben — Sabath wurde von mehreren Schlägen getroffen, so daß er blutete — **fällt auf die Gewerkschaftsbeamten zurück,** die es bewußt auf die Provokation ankommen ließen, die **Gummiknüppel und Sipo parat hielten,** weil sie wußten, wie es auf die Arbeitslosen wirken mußte, wenn sie sich zu ihnen zu sprechen weigerten.

Bekanntlich war Gen. Knoll schon einige Tage zuvor gewaltsam aus seinem Bureau herausgeschleppt und mit Rufen wie „Schmeißt das Aas ins Wasser!" am Leben bedroht worden. Aehnlich war es auch damals schon Sabath ergangen. Für Montag waren neue Kundgebungen dieser Art angekündigt. So wäre es nur allzu begreiflich gewesen, wenn die Gewerkschaftsangestellten Maßnahmen zu ihrem Schutze ergriffen hätten. Sie haben es aber — wir sagen leider! — nicht getan, sondern sich völlig schutzlos der neuen Bedrohung ausgesetzt. Daß Sabath, den ein paar Bestien auf seinen schneeweißen Kopf schlugen, eine Eisenstange geschwungen hat — er wäre zu seiner Verteidigung dazu berechtigt gewesen —, ist eine freche Lüge. War es der „Roten Fahne" um die Wahrheit zu tun, so brauchte sie nur die kommunistischen Gewerkschaftsangestellten zu fragen, sie hätten die Darstellung bestätigt, die vom „Vorwärts" und der „Freiheit" gegeben worden sind.

Aus dem Asyl für Obdachlose waren die Insassen herangeholt worden, um die „junge Garde" zu verstärken. Da nachträglich eine Visitation der Helden durch die Schutzpolizei zu gewärtigen war, entledigten sich die Anführer der „unbewaffneten" Demonstranten ihrer mitgebrachten Mordinstrumente, so daß neben Gummiknüppeln auch zwei Eierhandgranaten zum Vorschein kamen.

Aber die Kommunisten wollen nicht die Wahrheit, sondern sie wollen den Bürgerkrieg, den Bruderkrieg zwischen den Arbeitern, und auch in diesem Krieg gilt die Lüge als berechtigtes Kampfmittel. Wie der deutsche Militarismus seinen Angriff auf Belgien und Frankreich mit den dümmsten Lügen rechtfertigte, so ist auch ihnen jeder plumpe Schwindel recht, um die Angegriffenen als die Angreifer hinzustellen und die Gewalttaten, zu denen sie aufreizen, zu rechtfertigen.

Die Szenen, die sich gestern am Engelufer abspielten und ihre Behandlung durch ein angebliches „Arbeiterblatt" sind die allerschlimmste Beschmutzung, die die deutsche Arbeiterbewegung jemals erlitten hat. Es kann keine geistige und sittliche Gemeinschaft geben zwischen dem klassenbewußten Proletariat und den Knüppelgarden der „Roten Fahne".

Ermittlungen im Falle Saenger.

Neue Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

München, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Auf Grund der polizeilichen Ermittlungen ist es gelungen, den Täter, einen Kaufmann Körner, der den Ueberfall auf den Abg. Saenger ausübte, zu ermitteln. Ueber seine Person ist im Augenblick noch nichts Näheres bekannt. Bei seiner ersten Vernehmung gab der Täter an, aus der betreffenden Versammlung herausgeworfen worden und durch die Beifallsäußerungen der Begleiterinnen Saengers gereizt worden zu sein.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" bemühen sich, auch diesen Fall im reaktionären Sinne auszuschlachten, indem sie den Genossen Saenger in ihrem heutigen Artikel unter der Ueberschrift „Die bayerische Mörderzentrale" verhöhnen. Ebenso unwahr wie nach der Ermordung des Abg. Gareis wird auch hier versucht, dem Attentat eine Liebesaffäre zu unterschieben und die sozialdemokratischen Führer als „gewissenlose Aufpeitscher der Arbeiterschaft im Interesse der eigenen Popularität" hinzustellen. Die Führung der Untersuchung durch die Polizeidirektion hat bei den daran Beteiligten den Eindruck erweckt, daß eine Lösung der Affäre Saenger im Sinne einer neuen Klassenhetze gegen die Arbeiterschaft und einem innigen Zusammenarbeiten zwischen Polizeidirektion und Reaktion herbeigeführt werden soll.

Die Hinrichtung auf dem Prager Ring.

Der Prager Fenstersturz im Jahre 1618 pflegt als der Beginn des Dreißigjährigen Krieges angesehen zu werden. Die Rebellion der böhmischen Stände brach aus, als die Bewohner zweier deutscher Städtchen im nördlichen Böhmen, Klostergrab und Braunau, wegen Erbauung protestantischer Kirchen mit der katholischen Herrschaft in Konflikt gerieten. Das ungeheure Ringen zwischen Protestantismus und Katholizismus fing an. Die Stände riefen Friedrich von der Pfalz herbei, um ihm die Krone aufs Haupt zu setzen. Ferdinand, der Habsburger, wurde von ihnen als abgesetzt erklärt. Da brach das kaiserliche Heer durch Mähren in Böhmen ein und zog unaufhaltsam gegen Prag. Die evangelischen Stände vermochten ihm nur eine Armee von Landsknechten entgegenzustellen, und die Schlacht, die vor den Toren von Prag geschlagen wurde, währte nicht länger, als etwa 100 Minuten. Friedrich von der Pfalz floh, der böhmische Aufstand war unterdrückt, die Habsburger bemächtigten sich Böhmens, Mährens und Schlesiens. In der Kriegsgeschichte hat diese Schlacht auf dem Weißen Berge keine größere Bedeutung, aber sie bedeutet in der Kulturgeschichte Europas eine entscheidende Wendung. Ferdinand II. richtete in den Ländern der böhmischen Krone, in denen der evangelische Glaube schon vor Luther, schon nach dem Märtyrerlode des Johannes Huß Wurzel geschlagen hatte, die Gegenreformation auf. Er trug den Krieg weiter nach Deutschland hinein und riß ganz Europa in den Wirbel der blutigen Ereignisse.

Das tschechische Volk sieht in der Niederlage auf dem Weißen Berge das Ende seiner Freiheit, die es erst drei Jahrhunderte später wieder gewann. Heute jährt sich nun zum dreihundertsten Male der Tag, an dem Kaiser Ferdinand in Prag ein furchtbares Blutgericht über die Schuldigen der Rebellion hielt. 27 Führer des Aufstandes, darunter auch mehrere Deutsche, büßten ihr Leben ein unter der Hand des Henkers. Ein schwarzes Gerüst wurde auf dem Altstädter Ring in Prag errichtet. Die zum Tode Verurteilten betraten es vom Balkon des historischen Rathauses aus. Als erster von ihnen Graf Schlick, das Haupt der lutherischen Deutschen in Böhmen. Nach ihm Václav Budovec, ein Mitglied der Böhmischen Brüder-Gemeinde, dem es verwehrt wurde, von einem evangelischen Priester begleitet zu werden. Dann Christoph Harant von Polzic, berühmt durch seine Reiseschilderungen aus Palästina und Aegypten, dann ein 86jähriger Greis, Kaspar Kaplir von Sulevic, dann der hervorragende Arzt und Anatom Johannes Jessenius und die ganze Reihe der unerschrockenen Kämpfer. Manche von ihnen wurden nicht etwa nur enthauptet, die Rachsucht der Machthaber und ihr Bestreben, ein abschreckendes Beispiel zu geben, fand entsetzlichere Formen der Hinrichtung: grausame Räderung und Vierteilung; einzelnen Opfern wurde die Zunge herausgeschnitten, bevor man sie tötete, zwölf der abgeschlagenen Köpfe wurden noch jahrelang zur Warnung am Altstädter Brückenturm ausgehängt. Aber Kaiser Ferdinand begnügte sich nicht mit diesem Blutgericht, noch wichtiger war ihm die Konfiskation der Güter evangelischer Eigentümer. Geradezu Dreiviertel von Böhmen wurden konfisziert und unter die Günstlinge des neuen Regimes verteilt. Mit unerbitterlicher Hand begann die Gegenreformation ihr Bekehrungswerk. Sie taufte den um, der das Land nicht verließ, mit derselben Hand, mit der sie hohe Geldbußen von den Städten eintrieb, und Bauern und Gutsherren von den Höfen jagte.

Damals wanderten die Bekenner des evangelischen Glaubens in dichten Scharen aus. Mehr als 30 000 böhmischer Familien verließen das Land. Es waren zumeist Adlige und Bürger, während die Bauern in ihrer Not sich unterwerfen mußten. Unter den Emigranten befand sich der große tschechische Humanist Comenius. Zu Tausenden zogen sie über die Grenze nach Deutschland, und in der nächsten Nähe von Berlin, in Rixdorf, dem heutigen Neukölln, sind die Böhmische Kirche und der Böhmische Gottesacker mit seinen tschechischen Grundsteinen Stätten, die an die tragische Auswanderung erinnern.

In der Zeit nach der Schlacht am Weißen Berge, nach dem grausamen 21. Juni 1621, lernte das tschechische Volk die Habsburger hassen. Es nährte volle drei Jahrhunderte diesen Haß, und obgleich die Gegenreformation in den böhmischen Ländern gründliche Arbeit verrichtete, so ist dort der revolutionäre Geist gegen die Habsburger niemals ausgestorben. Die Vergeltung erlebte das Herrschergeschlecht erst im Weltkriege. H.

„Die Weber" im Großen Schauspielhause.

Jedesmal, wenn Gerhart Hauptmanns „Weber"-Tragödie aufgeführt wurde, konnten die staunenden Parteien des Zuschauerraumes ein großes Massenleid auskosten. Die Aufführung, die das Große Schauspielhaus gab, beabsichtigte mehr. Das Theater wurde in eine wirkliche und riesige Versammlungshalle umgewandelt. Ob man wollte oder nicht, es entzündete sich in den Massen der Hörer und Zuschauer die politische Erregung, die von der mahnenden Zeit ausgeht. Das Zirkustheater wurde in diesem neuen Sinne zur Arena, obwohl die Arena als Kunstmittel ganz verschwand, obwohl der Direktor, der nach möglichst vielen Sitzgelegenheiten für die Neugierigen suchte, die Stühle auch in die ehemalige Bahn der Pferde und Pantomimenkamele hineinstellte.

Die Wirkung der Tragödie ist heute ungeheuer und aufregend. Man vergißt das Theater. Wenn die sanften, verhungerten Weber zu Indianern werden und an dem toten Material der Fabrikantenwohnung ihre jahrzehntelang schon wurzelnde Zornes- und Wutkrankheit austoben, dann stehen dem mitflammenden Zuschauer die Haare zu Berge. Er denkt nicht mehr an Kunst. Natur und Revolution, die nicht mehr zu dämmen sind, das allein lodert noch.

Man duldet für diese Tragödie den Schreistil des Zirkustheaters, der alle feinere Theaterkunst töten würde, breitete er sich noch weiter aus. Und man duldet diesen Schreistil aus den gleichen Gründen, die die grelle Ueberlichtung der Bühne rechtfertigen.

Ueber das Menschliche hinaus vollbringt Hauptmanns Kunstinstinkt und technischer Takt, daß er in der Proletariermasse die persönlichen Träger der großen Aufruhrempfindungen entdeckt. Der Fabrikant Dr. Dreißiger, von Erich Pabst gespielt, entgleiste nicht zur bloß radaulierenden Schinderei. Dieser Menschenquäler hat auch seine weichen Seiten, vom Dichter in Gerechtigkeit betont, vom Schauspieler fleißig herausgearbeitet. Dieterle ist der Aufrührer Moritz, der die ganze Erhebung anzettelt. Er wäre im regulären Theater viel zu grob. Im Zirkustheater erfüllt er seinen Zweck. Fritz Richard und Karl Wallauer sind die Alten und Feierlichen. Wallauer ist als alter Ansorge von der Gefahr bedroht, daß er zu salbungsvoll würde. Dem entgeht er durch die sichere Beherrschung seiner Sprache und Gesten. Werner Krauß, der alte Hilse, der unerschütterlich Fromme, den die rasche Kugel der Soldaten hinwirft. Schmetternd, getragen, pastoral ist er, vielleicht der beste Beherrscher der Freskomittel und Bahnhofsakkustik, die dieses gefährliche Haus verlangt. Max Hochdorf.

Schwedischer Studentenchor. Regenwetter, voller Beethoven-Saal, Andacht und Stimmung nach dem Abbruch aller Konzerte. 30 frische, junge, kräftige Menschen treten auf das Podium, schallend begrüßt, studentisch mit Trampeln empfangen. Ein wohlbeleibter, ernster Musiker, Dr. Alfred Berg, führt sie, die auswendig singen. Was freut an diesen schmucken Jünglingen? Wir grüßen sie als Abgesandte eines froheren, gesünderen Landes, das uns Freundschaftsbeweise gab, Hunderten von deutschen Kindern Speise und Pflege, ein neutrales, schönes, liebes Volk mit einer ausdrucksstarken melodischen Sprache. Volkslieder, Gesänge von Grieg, Beltmann, Södermann, Berg und Bull. Einfach in der Form, schlicht im Seelischen, einer Modulation voll feiner Edelstimmen, kaum ernsthaft geschult. Hie und da drängt einer vor, werden ein paar undisziplinierte. Das käme bei unsern Männerchören nicht vor. Aber unter dem Frackhemd schlägt das heimatliche Herz, in den Stimmbändern vibriert und klingt die Seele nordwärts. Ein gesunder Geruch weht aus Lied und Sangeslust, und jung sind diese Kehlen und froh. Wie die Blicke leuchten, wie die Musikantenlust ansteckt! Ein jeder gibt nicht nur sein Bestes, nein, er verschenkt sein Ganzes. So teilt sich Erleben mit, und selbst im abgestuftesten Balladenstil klingt der Unterton studentisch-natürlichen Frohtakts mit. Kammermusik im Volksgesang. Das, was ein paar hundert Schulkindern die schwedischen Gäste sangen, war hübsch; und auch ein bißchen sentimental. Also ein deutscher Gruß nach allen Regeln und Gesetzen. Einen Salamander hätten die lieben Burschen verdient. Ex est. Auf Wiedersehen, dort oder hier! K. S.

Die Berliner Schule für Theaterkunst. Professor Bernhard Pankok, der Direktor der Staatlichen Kunstgewerbeschule in Stuttgart, hatte bekanntlich im letzten Winter einen Ruf an die Berliner Hochschule für die bildenden Künste erhalten, um hier eine Schule für Theaterkunst im Werkstättenbetrieb zu begründen und zu leiten. Zwar bemühten sich die Stuttgarter,

Genosse Saenger teilt uns mit, daß die Verwandlung des Ueberfalls in einen Akt der Eifersucht jeder Grundlage entbehre, und daß er sich in Begleitung seiner nächsten Familienangehörigen und der Gattin eines hohen richterlichen Beamten sowie deren Tochter befunden habe. Die Angabe Körners, er sei durch Freudenausbrüche der weiblichen Begleiter über seinen Hinauswurf gereizt worden, erklärt Genosse Saenger für eine böswillige Unterstellung.

Die richtige Antwort.

München, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die gestrige Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei Bayerns hat das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien zwecks Veranstaltung einer Protestversammlung gegen die Zurückhaltung der Avignon-Gefangenen abgelehnt, solange aus den Pressestimmen jener Kreise nach wie vor Todesdrohungen gegen ihre Führer ausgesprochen werden. Einer der bürgerlichen Veranstalter jener Demonstration hatte sich in der Vorbesprechung gerühmt, bei dem französischen Gesandten Dard und General Le Rond vorgesprochen und letzterem gegenüber erklärt zu haben: „Wenn Sie dieser Lumpenregierung (Reichsregierung) die Gefangenen nicht geben, dann geben Sie sie wenigstens mir." Die Sozialdemokratie sieht sich außerstande, sich mit derartigen Geistern zusammenzufinden.

Gewerkschaftsbund gegen Sanktionen.

Der „Deutsche Gewerkschaftsbund" hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die schleunigste Beseitigung der Sanktionsmaßnahmen der Entente zu betreiben. Die ohnehin große wirtschaftliche Not der arbeitnehmenden Bevölkerung des besetzten Gebietes werde durch die Sanktionen ungeheuer verschärft. Auch müsse auf die Wirkungen der Sanktionen auf die heranwachsende Jugend hingewiesen werden. Der „Deutsche Gewerkschaftsbund" erklärt, sich mit allen seinen Kräften hinter die Maßnahmen der Reichsregierung zur Beseitigung der Zwangsmaßnahmen zu stellen.

Die Stellungnahme, die in dieser Kundgebung von den christlichen Gewerkschaften bekundet wird, entspricht durchaus den Anschauungen der im „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" (Freie Gewerkschaften) organisierten deutschen Arbeitnehmerschaft. Auch von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wurde in der Verurteilung der dem Friedensvertrag zuwiderlaufenden Sanktionen die gleiche Haltung eingenommen. Der Protest beider Organisationen, die zusammen etwa 10½ Millionen deutscher Arbeiter umfassen, wird auch in den Ländern der Entente, insbesondere aber in der dortigen Arbeiterschaft, nicht ohne nachhaltigen Eindruck bleiben.

Was wird aus Oberschlesien?

London, 21. Juni. (WTB.) „Manchester Guardian" meldet aus Oppeln, wenn die Franzosen ihre Politik der Begünstigung der polnischen Insurgenten auf Schritt und Tritt fortsetzen und jede geringe Schwierigkeit ausbeuten, um den Aufstand zu verlängern, dann könne es zu einem ernstlichen Bruch innerhalb der Interalliierten Kommission kommen. Die Geduld der britischen Mitglieder sei zu Ende. Es sei nötig, daß England wieder einen größeren Einfluß in der Kommission gewinne, oder aber eine unabhängige Aktion ergreife.

•

Oppeln, 21. Juni. (WTB.) Fast die gesamte oberschlesische Schiffahrt, die den Verkehr zwischen Stettin und dem oberschlesischen Industriegebiet vermittelt, ist stillgelegt worden. Von den etwa 2000 Kähnen der Oderschiffahrt liegen zwischen Kosel und Oppeln 1500 Kähne fest.

Beuthen, 21. Juni. (WTB.) In verschiedenen Orten hat sich die auf den Halden lagernde Staubkohle entzündet. Die Gefahr, daß die Haldenbrände sich zur Katastrophe auswachsen, wird von Tag zu Tag größer.

Pankok zu halten, aber nach dem Ergebnis von Verhandlungen, die der Künstler in Berlin führte, durfte man als sicher annehmen, daß er dem Rufe Folge leisten werde. Wie jetzt überraschend aus Stuttgart mitgeteilt wird, hat sich Pankok jedoch entschlossen, dort zu bleiben.

Hoffentlich bedeutet diese Ablehnung nicht eine Gefahr für den Plan der Schule überhaupt.

Ausstellung für Wasserstraßen und Energiewirtschaft. Aus München wird uns geschrieben: Soeben ist hier die große Ausstellung für Wasserstraßen und Energiewirtschaft eröffnet worden. Sie ist in drei Hauptabteilungen gegliedert: eine für Wasserstraßen, eine für Energiewirtschaft und die dritte für Wärmewirtschaft. Die Abteilung für Wasserstraßen umfaßt Modelle von Schleusen, Hafenbauten, Docks usw. Besonderes Interesse beanspruchen die Modelle von Riesenkränen der Demag, die eine Höhe von fast hundert Metern erreichen. In dieser Abteilung ist auch das Ausland vertreten, und zwar Oesterreich mit einer historischen Ausstellung der Schiffahrtsentwicklung auf der Donau. Die Abteilung der Energiewirtschaft umfaßt Wehre, Wasserkraftmaschinen, Druckrohrleitungen und Transformatoren. Eine historische Darstellung der Wasserkraftausnützung führt vom primitiven Löffelrad, das schon vor Jahrhunderten in Gebrauch, herauf bis zur modernsten tausendpferdigen Turbine. Die Gruppe der Wärmewirtschaft enthält Brennstoff- und Energiestatistik, Wärmelehre und Feuerungskunde. Diese Gruppe wird später als Wanderausstellung in einer Reihe deutscher Großstädte zur Schau gestellt werden. Sie beansprucht schon deshalb allgemeines Interesse, weil hier auch die Hausfrau praktische Winke für eine rationelle Heizwirtschaft findet.

An diese theoretische Ausstellung gliedert sich eine Industrieausstellung an, in der die letzten Fortschritte auf den Gebieten der Wasserstraßentechnik, Energie und Wärmewirtschaft praktisch verwertet und verwirklicht sind. Die Ausstellung ist eine der größten ihrer Art, die Deutschland je gesehen hat.

Thaddäus Rittner, der bekannte Wiener Romanzier und Dramatiker, ist in Bad Gastein im Alter von 48 Jahren gestorben. Er war ein geborener Pole, hat aber fast nur in deutscher Sprache geschrieben. Seine Arbeiten — die Romane „Das Zimmer des Wartens", „Die Brücke" und die Dramen „Das kleine Heim", „Unterwegs", „Der dumme Jacob", „Sommer", „Der Mann im Souffleurkasten", „Wölfe in der Nacht" — erinnern zuweilen stark an Schnitzler. Im Spielplan der Wiener Theater tauchte sein Name häufiger auf als auf den Berliner Bühnen. Unserem Publikum ist er besonders durch die Dramen „Sommer" (1912) und „Wölfe in der Nacht" (1916) bekannt geworden. Bis 1918 war Rittner Sektionschef im österreichischen Unterrichtsministerium. Seit einem Jahre lebte er in Warschau.

Eine Dozentur für Keramik ist in der Abteilung für Chemie und Hüttenkunde an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg begründet und dem Privatdozenten Dr. Rieke, dem Chemiker bei der Berliner Porzellanmanufaktur, übertragen worden.

Deutschlands Schuld an Belgien.

Der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen und Botschafter in Paris bei Kriegsausbruch, Freiherr v. Schoen, hat soeben bei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, ein Buch, „Erlebtes", erscheinen lassen, in dem sich folgende Sätze über den Einmarsch in Belgien finden:

Die Vergewaltigung Belgiens war nicht nur ein strategischer und politischer Fehler, sondern auch, wie von berufener Stelle von vornherein eingeräumt werden mußte, ein **Bruch des Völkerrechts.** Sie war es, ungeachtet der Berufung auf die Not, ungeachtet des nachträglich entdeckten Beweises, daß Belgien sich im Hinblick auf einen deutschen Einmarsch mit den Ententemächten eingelassen hatte. Sie war ein **schwerer Verstoß wider Recht und Ehre,** der uns die Aechtung der Welt zugezogen und unseren Gegnern Waffen geliefert hat, mit denen sie uns nicht minder wirksam bekämpft haben wie mit den blutigen. Die Härten der Kriegsführung und der Besetzung haben ein übriges getan, um den Haß unserer Feinde in wildem Feuer aufflammen zu lassen. Erfolgreiches Hineintragen der Schrecken des Krieges in Feindesland mag einer berechtigten militärischen Lage entsprechen, **aber das Niedertreten eines schwachen, durch heilige Verträge geschützten Landes ist ein Frevel, gegen den sich das Weltgewissen sühneheischend erhebt. An der erdrückenden Bürde dieser Sühne wird Deutschland durch Menschenalter hindurch zu tragen und zu leiden haben.**

So ein ehemals kaiserlicher Beamter, der im übrigen das Bestreben zeigt, das alte Regime fast in allen Punkten in Schutz zu nehmen. Hier zeigt sich, daß man kein Verbrechen an einem fremden Volk begehen kann, ohne sich und die ganze Menschheit und damit auch am eigenen Volke zu vergehen.

Das Verbrechen an Belgien war auch ein Verbrechen an Deutschland!

Der Reichstagsabgeordnete Karl Aderhold (USPD.) ist in der vergangenen Nacht in Hannover im Alter von 37 Jahren gestorben. Aderhold zog sich während der Hungerjahre des Krieges ein schweres Lungenleiden zu, das ihn im April d. J. aufs Krankenlager niederwarf, von dem er sich nicht wieder erhob. An seine Stelle rückt der Abg. Boß-Braunschweig (Metallarbeiter.)

Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages? Der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Professor Dr. Kahl hat einen die Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages bezweckenden Antrag eingebracht, wonach ein Abgeordneter, der den Anordnungen des Präsidiums trotz dreimaliger Verwarnung nicht Folge leistet, für die Dauer von vier Wochen von den Sitzungen des Reichstages ausgeschlossen werden soll. Für diese Zeit wird den betreffenden Abgeordneten die Ausweiskarte entzogen und die Aufwandsentschädigung gesperrt. Es ist anzunehmen, daß sich im Reichstag eine Mehrheit für diesen Antrag finden wird.

Groß-Berlin

Der Ostpreußenplatz.

Er liegt am Rande des ehemaligen Exerzierplatzes, in der Nähe des Witzlebener Bahnhofs, wo es noch viel Laubenland gibt, bei der mächtigen Flugzeughalle ein großes Terrain, prachtvoll in der gärtnerischen Auffassung, aber noch viel bewundernswerter, wenn man seinen sozialen Zweck bedenkt.

Der Haupt- und Mittelplatz ist versenkt, ein riesiger Sandplatz für die Kinder; wie ein friedliches Denkmal ragt der graue „Findling" auf, der vor Jahren hier auf dem märkischen Boden gefunden worden war. Damals lagen zwei solcher Feldsteine auf dem längst abgetragenen Pfingstberg am Lietzensee. Der eine dieser mächtigen Steinbrocken befindet sich als Erinnerungszeichen in den Anlagen am Lietzensee, der zweite hat auf dem Sand des Ostpreußenplatzes seine dauernde Stätte erhalten. Rings um den Spielplatz sind Bänke für die Erwachsenen, für die Begleitung der Kleinen angebracht. Laubengänge, die sich schnell begrünen werden und die sich in den neuen Anlagen am Witzlebenpark so sehr bewährt haben, sind auch auf dem Ostpreußenplatz angebaut worden, als praktischer Schutz gegen die Hochsommersonne. Schmale Pappeln, in kleinen Gruppen angepflanzt, ragen steil auf, und ein Gürtel von prachtvollen Blumenrabatten umschließt, höher gelegen, den Kinderspielplatz. Die Anlagen zeigen ausschließlich reichen und starkfarbigen Flor, Staudengewächse sind bevorzugt, hohes und niederes Strauchwerk wechselt mit Rasenflächen, ringsum ziehen sich breite Wege, der ganze Platz wird durch Büsche und Beete abgeschlossen, in der Art alter Wallanlagen.

Besonders wirkungsvoll ist ein Steinbau, der die eine Seite des Ostpreußenplatzes flankiert, ein Stufenbau mit einer breiten Plattform, an deren Wänden bequeme Ruhebänke stehen. Man hat von dieser Plattform aus einen schönen Ausblick auf die prächtigen Anlagen, abends ist er gleichzeitig eine Sternwarte, denn der weite Himmel wird durch keine Häusermauern beengt. Der Unterbau dieses steinernen Hochplateaus ist — ein großes Gewölbe, als Wetterschutz gedacht. Bei Gewitter und Regen findet der Spaziergänger in dem gemauerten Raume Unterschlupf; eine kluge Vorsorge, denn der Platz ist etwas entlegen, und das gilt als sein besonderer Vorzug. Auf den Gängen des Parkes sind die Bänke sehr geschickt aufgestellt, sie sind fest im Boden verankert, damit sie nicht gestohlen werden können, und es ist nur zu bedauern, daß die Blumen und Büsche nicht in derselben Art geschützt werden können.

Der Ostpreußenplatz ist wie all die anderen Schmuckstätten jedem einzelnen geschenkt, und jeder einzelne soll seine Freude an dieser Naturschönheit bezeugen, indem er sie hütet und besonders die Kinder zur Naturliebe anhält.

Gefährdung des städtischen Haushaltungsplanes?

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses wurde gerügt, daß in der letzten Stadtverordnetensitzung der Fehler begangen worden war, den Haushaltsplan „dem Etatsausschuß" zu überweisen (der ständig nicht besteht). Die Unabhängigen und Kommunisten beantragten, aus diesem Grunde die Beratung zu vertagen, da der Haushaltsausschuß nicht „ordnungsmäßig gewählt" worden sei. Außerdem erklärten sie trotz der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, für die der Kämmerer ausreichende Gründe angab, daß der neue Haushaltsplan so eingehend wie möglich durchberaten werden müßte, gleichgültig, ob er bis zum 30. Juni fertiggestellt werden könne oder nicht. Der Stadtkämmerer Dr. Karding wies darauf hin, daß der Steuerverteilungsplan spätestens in der Stadtverordnetensitzung am Dienstag, 28. Juni, beschlossen werden müsse, damit ihn der Oberpräsident noch bis zum 30. genehmigen könne und daß bei einer Vertagung der ganze Haushaltsplan gefährdet sei — der Ausschuß mußte mangels Einmütigkeit aller Fraktionen seine Aussprache abbrechen. Die Kommunisten verließen den Sitzungssaal, so daß nicht alle Fraktionen vertreten waren. Der Haushaltungsausschuß muß in der heutigen Stadtverordnetensitzung formell gewählt werden und kann erst am morgigen Mittwoch zusammentreten. Er soll jeden Tag beraten, falls es nötig sein sollte, auch am Sonntag, um den Haushaltsplan rechtzeitig zu verabschieden.

Das Doppelleben eines Mörders.

Ueberraschende Entdeckungen in einer Berliner Kaserne.

Wegen Doppelmordes wurde am Mittwoch voriger Woche, wie wir berichteten, von der Berliner Kriminalpolizei der seit zwei Jahren gesuchte 31 Jahre alte Feldwebel Rudolf Wessel ermittelt und festgenommen. Wessel erschoß in St. Avold einen Mann namens Weber, den Gatten seiner Geliebten, um diese heiraten zu können, nachdem er vorher seine Frau in der Oder ertränkt hatte. Festgenommen, erlangte er zweimal die Freiheit wieder. In Stettin entsprang er auf dem Bahnhof seinem Begleiter und in Saabrücken entkam er bei der Revolution aus dem Untersuchungsgefängnis. Auch seine Akten verschwanden damals.

Kriminalbeamte der Dienststelle B I. 7. kamen ihm auf die Spur, als am Dienstag voriger Woche sein Vater auf dem Friedhof in Ahrensfelde beerdigt wurde. Sie ermittelten, daß der Mörder unter dem Namen Wessely als Zivildienstangestellter bei einer Abwicklungsstelle in der Kruppstraße Beschäftigung gefunden hatte, und schritten am Mittwoch früh zu seiner Verhaftung. Hierbei wurde der Verfolgte bei einem Fluchtversuch durch einen Schuß so schwer verletzt, daß er jetzt in der Charité gestorben ist. Als nun jetzt die Beamten der Dienststelle seine Stube in einer Kaserne in der Kruppstraße durchsuchten, machten sie überraschende Entdeckungen. Bei dem Verhafteten hatte man glänzende Zeugnisse von Führern verschiedener Truppenteile gefunden, nach denen Wessel diesen unter seinem richtigen Namen nach den Mordtaten als Feldwebel und Oberfeldwebel angehört hatte. Die Funde in seiner Stube lassen es jedoch sehr zweifelhaft erscheinen, ob er überhaupt bei den Truppen gewesen ist, oder nicht vielmehr sich die Zeugnisse selbst ausgestellt hat. Wessel war vor dem Kriege Schaffner bei der Hoch- und Untergrundbahn. Wie er aktiver Feldwebel geworden ist, ist noch nicht festgestellt, ebensowenig, wie er zu den verschiedensten Abwicklungsstellen gekommen ist. In seiner Stube in der Kaserne fanden die Kriminalbeamten über 100 Stempel und Blankoformulare von allen möglichen militärischen Bureaus, Abwicklungsstellen des früheren Heeres und auch der Reichswehr, Formulare für Zeugnisse, militärische Mitteilungen, Urlaubsscheine, Pässe, Zivilversorgungsscheine, Anstellungsscheine für Unterbeamte, Soldbücher usw., alles mit den zugehörigen Stempeln der betreffenden militärischen Dienststellen. Dazu kamen noch Steuermarken und Dienstmarken in großer Menge, auch Ausweise mit dem Bildnis Wessels, aber auf die Namen Rudolf Wessely und Paul Paulina. Auch eine Militärfeldkassette fand man unter dem Bett, dazu alle möglichen Gegenstände aus Kriegsbureaus, endlich auch noch Sparkassenbücher, Zarenrubel und 130 000 Mark deutsches Geld in Tausend- und Hundertmarkscheinen.

Kurz vor seinem Tode setzte Wessel testamentarisch seinen Sohn, um den er sich jahrelang nicht gekümmert hatte, zum Universalerben ein. Was er mit den Blankoformularen aller Art und den Stempeln gefälscht haben mag oder noch zu fälschen beabsichtigte, läßt sich zurzeit nicht sagen. Es wird auch schwer festzustellen sein, wem außer ihm selbst die Fälschungen zugute gekommen sind und woher die Geldscheine und die Sparkassenbücher rühren.

Der Arbeiter-Samariterbund in Gefahr.

Die Moskauer Kommunisten holen jetzt zu einem neuen Streich aus, sie wollen die bei allen Genossen wegen ihrer aufopfernden Tätigkeit in hohem Ansehen stehende Arbeiter-Samariterkolonne Berlin sprengen, sich die Verbandsmaterialien aneignen, um vielleicht eine Art Moskauer Filiale einzurichten. Zu Mittwoch ist eine öffentliche Versammlung einberufen, die diesem Zweck dienen soll. Der Vorstand der Arbeiter-Samariterkolonne Berlin teilt dazu u. a. folgendes mit:

„Wir mußten drei Funktionäre, die Kommunisten sind, ausschließen, weil sie fortgesetzt trotz Verwarnung gegen die Beschlüsse der Generalversammlung verstießen. Nach dem Ausschluß wurde nachweislich versucht, sich einen Teil des Kolonnenmaterials anzueignen. Alle Versuche einer gütlichen Regelung blieben erfolglos, so daß der gerichtliche Weg beschritten werden mußte. Jetzt ist man zur Bildung einer „Kommunistischen Fraktion" geschritten, um die ganze Kolonne zu sprengen und uns das wertvolle Samaritermaterial zu entwenden. Der Hauptvorwurf dieser Radikalen nennt die Arbeiter-Samariterkolonne „verbürgerlicht", weil sie auch bei bürgerlichen Veranstaltungen mitwirke. Dabei hat die Kolonne 8000 M. anderweitig beschaffen müssen, weil die von den Arbeiterorganisationen gezahlten Unterstützungen die finanziellen Schwierigkeiten nicht zu beheben vermochten. Der Haupttreiber bei der Hetze ist der bereits vom Holzarbeiterverband und Arbeiter-Turn- und Sportbund abgesägte Lieske, der offen zur Bildung kommunistischer Fraktionen in allen Sportverbänden auffordert und, abgesehen von der SPD., auch die USP.-Sportler als Verräter und Laubfroschpolitiker bezeichnet. Wir bitten alle Genossen, sich nicht vor den kommunistischen Wagen spannen zu lassen und der vom Kartellverband und dem kommunistischen „Arbeiter-Sport" inszenierten Hetze keine Gefolgschaft zu leisten.

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen und hoffen, daß die Arbeitersportler den kommunistischen Treibereien energisch entgegentreten. Die Arbeitersportler sollten ohne die sattsam bekannte „kommunistische Führung" einen Weg zu finden suchen, der zur Einigung führt.

Revision der Oberschlesien-Post. Nach einer dem Reichspostministerium zugegangenen Nachricht wird der Inhalt der Postsäcke, die in begrenzter Anzahl in das Aufstandsgebiet Oberschlesiens befördert werden, von den Aufrührern regelmäßig geprüft und zensuriert.

Warnung vor einem Schwindler! Kurt Baetzold aus Berlin nennt sich ein Schwindler, der besonders die Arbeiterjugendvereine heimsucht. Er gibt an, beim Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands angestellt zu sein und als Referent geschickt zu werden. Er läßt sich gewöhnlich Geldunterstützungen, freie Beköstigung usw. gewähren und verschwindet dann bald darauf, wenn möglich unter Mitnahme von Geld und Wertsachen. Als Ausweis dienen ihm eine Fördererkarte und eine Mitgliedskarte des Verbandes. Er trägt eine graue Jope, grüne Strumpfgamaschen, braune Schnürschuhe, evtl. Hornbrille und zuweilen das Abzeichen der Naturfreunde. Alter ungefähr 22 Jahre. Die Jugend- und auch Parteivereine werden vor ihm gewarnt.

„Siedlung und Kleingarten", unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postauflage bei.

Einen Sportwerbetag in der Mark veranstaltet der Sportklub Struweshof, Mitglied des Verbandes Brandenburgischer Ballspielvereine und des Verbandes Brandenburgischer Athletikvereine, am Sonntag, den 14. August d. J. auf seinem idyllisch gelegenen Sportplatz am Rande des Grunewalder Waldes. Die Stadt Berlin nimmt lebhaftes Interesse an dieser Veranstaltung und hat jetzt schon bereits zahlreiche Ehren- und Sonderpreise zur Verfügung gestellt. Das vielseitige leichtathletische Programm (offen für alle Vereine der Mark und Nichtverbandsvereine, Jugend) wird umrahmt von je einem Fußball-, Hockey- und Faustballspiel, desgleichen werden turnerische Vorführungen gezeigt. Vereine, die keine Ausschreibung erhalten haben, wollen diese bei der Geschäftsstelle des Sportklubs Struweshof, Post Ludwigsfelde-Berlin, anfordern.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 21. Juni:

Wahlkreis Wedding. Achtung! Die Mitglieder treffen sich heute 7 Uhr bei Kerstin, Pankstr. 60.

21. Abt. 7½ Uhr bei Pfeiffer, Hausburgstraße 2. Sitzung des Abteilungsvorstandes, Bezirksführer und Kreisdelegierten. Wichtige Tagesordnung.

Morgen, Mittwoch, den 22. Juni:

21. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: Bezirk Moritz und Friedrich bei Kröske, Ebertystraße 6. T.-O.: „Die Mutterschutzgesetzgebung." Referent: Genosse Müller. — Bezirk Kurfürst bei Wruddel, Heidenfeldstraße 20. — Bezirk Händler bei Butz, Thorstraße 52.

Gewerkschaftsbewegung

Chemiker und Unternehmertum.

Wollen sich die Chemiker nach dem gegebenen Beispiel der Arbeitgeber organisieren, also dementsprechend sich mit den anderen Angestellten zu geschlossenen, machtvollen Verbänden vereinigen, so hören sie von ihren Chefs schöne wohlwollende Worte über die Standeswürde der „Herren Mitarbeiter", welche doch eine solche „kommunistische Gleichmacherei" nicht gestatte und dergleichen. Im äußersten Falle „gestattet" man noch ein harmloses Sonderverbändchen, wie es z. B. der in christlich-nationalem Fahrwasser schwimmende „Bund der angestellten Chemiker und Ingenieure" ist. Der Kitzel des Standes- und Zunftdünkels war ja von jeher das erfolgreichste Mittel, einen Keil in die Angestelltenschaft zu treiben.

Dabei ist die Ausbeutung der Akademiker im Verhältnis zu den anderen Angestelltengruppen nicht etwa geringer, sondern relativ noch größer. Denn mangels eines gesetzlichen Erfinderschutzes und infolge der pekuniären Notlage und gewerkschaftlichen Rückständigkeit der überwiegenden Mehrheit der Hochschulchemiker dienen auch ihre Erfindungen meist nur der Vermögensvermehrung ihrer Arbeitgeber. Haben aber die akademischen Proletarier einmal den Mut, für ihre wichtige Mitarbeit im Produktionsprozeß einen kleinen Anteil am erzielten Arbeitsertrag in Form eines bescheidenen Tarifgehalts zu fordern, so zeigt sich selbst hier statt des Wohlwollens oft nur der brutalste Unternehmeregoismus. Ungeachtet ihrer Promotion werden sie genau so wie die einfachsten Arbeiter behandelt. Um sie so weit wie möglich zu entrechten, schreckt man selbst vor groben Beleidigungen und Lächerlichmachung wissenschaftlich gebildeter Leute nicht zurück. Hierfür ein Beispiel aus einer kürzlichen Verhandlung vor dem Berliner Schlichtungsausschuß:

Der Chemiker Professor D. L. klagte gegen eine Charlottenburger chemische Industrie auf Zahlung des Tarifgehaltes der chemischen Industrie. Der Firmeninhaber machte geltend, daß die erhaltenen 1500 M. pro Monat noch viel zu viel seien. In Wirklichkeit sei Professor L. nicht einmal 50 M. wert gewesen, da er „von" gewesen sei. (Wörtlich und in einem eingereichten Schriftsatz noch extra zu den Akten gegeben!) Diese, für einen deutschen Professor immerhin nicht alltägliche Qualifikation rief um so mehr Erstaunen hervor, als festgestellt wurde, daß dessen ungeachtet die Firma noch kurz vorher mit demselben „davon Professor" einen allerdings hahnebüchenen Vertrag über die Ausbeutung seiner Erfindungen abgeschlossen hatte.

Die Chemiker und anderen akademischen Angestellten mögen aus diesem für sich selbst sprechenden Beispiel erkennen, wo organisatorisch ihr Platz im modernen Wirtschaftsgetriebe ist. Nicht Arm in Arm mit dem sie ausbeutenden und obendrein noch verhöhnenden Unternehmertum, aber auch nicht „in der Mitte" zwischen diesen und den Arbeitern und übrigen Angestellten, wie ihnen die falschen Propheten des „Budaci" einzureden versuchen. Wollen sie sich die Achtung und Anerkennung erringen, die ihrer Bedeutung im Arbeitsprozeß zukommt, so kann das nur im engsten Einvernehmen mit den anderen freigewerkschaftlich organisierten Angestellten — ohne Rücksicht auf die mehr oder minder zufällige Vorbildung — geschehen. Die richtige Organisation der Chemiker ist nur die Einheitsorganisation der deutschen Techniker, der „Bund der technischen Angestellten und Beamten", Berlin NW. 52, Werftstr. 7.

Mißstände im Krankenhause Lankwitz.

Der größte Teil der Anstalt für Gemütskranke (Berolinum) in Lankwitz ist seit Beginn dieses Jahres vom Verband der Krankenkassen für den nicht geringen Betrag von 365 000 M. jährlich gepachtet und mit hohen Kosten in ein Krankenhaus umgewandelt worden, das zur Aufnahme von ungefähr 500 Kassenpatienten dienen soll. Diese Einrichtung soll den erkrankten Kassenmitgliedern eine gute Krankenhausbehandlung angedeihen lassen. Das soll mit einem Betrage von 22 M. pro Tag und Kopf erreicht werden, den die Krankenkassen an das Kuratorium des Krankenhauses für die Patienten zu zahlen haben.

Offenbar hat der Verband der Krankenkassen mit der Pachtung dieser alten, für Krankenhauszwecke völlig ungeeigneten Anstalt einen Mißgriff gemacht, was aus der Behauptung kompetenter Personen aus dem Verbande der Krankenkassen hervorgeht, wonach dieser das Unternehmen gern aufgeben möchte.

Die Arbeitsverhältnisse in diesem Krankenhaus wurden kürzlich in einer Versammlung der Kritik unterzogen. Eine geregelte Arbeitszeit besteht nicht; auch die Bezahlung der Angestellten ist entsprechend ihrer Tätigkeit äußerst niedrig. Handwerker erhalten einen Lohn von ungefähr 850 M. monatlich. Die weiblichen Hausangestellten erhalten neben freier Beköstigung, die mit 255 M. im Monat veranschlagt wird, einen Lohn von 200 M bis 250 M., bei einer 13—14stündigen Arbeitszeit. Auch die hygienischen Verhältnisse lassen alles zu wünschen übrig. Angestellte, die im März eingetreten sind, müssen heute noch dieselbe Bettwäsche benutzen. Unter der gleichen Unsauberkeit haben auch die Patienten zu leiden. Die Behandlung der weiblichen Hausangestellten durch die Schwesternschaft ist äußerst entwürdigend. So werden sie von den Schwestern unter anderem wider Willen zur Kirche getrieben.

Hoffentlich wird das Kuratorium des Krankenhauses, nachdem es Kenntnis von den Zuständen erhalten hat, die erforderlichen Maßnahmen zur Abhilfe treffen..

Bereits seit Mitte April d. J. bemüht sich der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter um Abschluß eines Tarifvertrages und Regelung der Verhältnisse in zufriedenstellender Weise. Bisher jedoch ohne Erfolg. In einer Verhandlung mit dem Kuratorium wurde eine entsprechende Aenderung der Verhältnisse zugesagt, die nun hoffentlich recht bald erfolgt.

Graphische Hilfsarbeiter!

Wir fordern alle Berliner Mitglieder auf, zu der Mittwoch 5 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindenden Versammlung zu erscheinen, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, die unsere grundsätzliche Stellung zum Gewerkschaftsproblem berühren.

Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um das Erscheinen aller Kollegirnen und Kollegen zur Pflicht zu machen.

Aktionsausschuß der graphischen Hilfsarbeiter Berlins
der Richtung Amsterdam.

Achtung, Metallarbeiter! Diejenigen Wahlkörperversammlungen, die noch nicht Stellung genommen haben zur ordentlichen Generalversammlung, werden ersucht, sich zur Aushändigung weiterer Anträge, die noch nachträglich zur Diskussion gestellt werden müssen, nach dem Bureau, Linienstr. 83/85, Zimmer 3, zum Kollegen Rudolf Behrend zu bemühen; die Abteilung des Bureaus bleibt zu diesem Zweck am Mittwoch, den 22. Juni, bis abends 6 Uhr geöffnet.

Die Ortsverwaltung.

Im Streik auf den städtischen Gütern wurde am Montag vor dem Demobilmachungskommissar verhandelt. Diese ersten Verhandlungen verliefen ergebnislos, da die Parteien auf ihrem bisherigen Standpunkt blieben. Wie verlautet, soll die Stadtverordnetenversammlung sich jetzt mit der Angelegenheit befassen.

Neuer Tarifvertrag mit der Reichspost. Nach längeren Verhandlungen ist am 15. Juni zwischen dem Reichspostministerium, dem Deutschen Verkehrsbund, der Deutschen Postgewerkschaft und dem Verbande des Bayerischen Post- und Telegraphenpersonals ein neuer Tarifvertrag für die Arbeiter im Bereiche der Reichspost- und Telegraphenverwaltung abgeschlossen worden, der am 1. Juli in Kraft tritt.

Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte-Vereinigung des Versorgungswesens Berlin und Brandenburg. Freitag, nachmittags 4½ Uhr, Bockbrauerei, Fidicinstr.: Vollversammlung sämtlicher im Versorgungswesen beschäftigter Vertragsangestellten.

Werkmeister-Verband. Bezirksverein W. Chemie Mittwoch 7 Uhr, Vertrauensmännerversammlung im Lokal von Hube, Kopernikusstraße 17, Ecke Simon-Dach-Str.

Soziales.

Die Geldanlage der Invalidenversicherung.

Die Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung haben einen großen Teil ihres Vermögens zu Darlehen für gemeinnützige Zwecke und für eigene Anstalten zugunsten der Versicherten aufgewendet. Der Gesamtbetrag hierfür ist von 1 489 967 233 M. Ende 1919 auf 1 532 894 073 M. Ende 1920, mithin um 42 926 840 M. gestiegen. Die Darlehen wurden für folgende Zwecke gegeben: Arbeiterwohnungsfürsorge 590 471 788 M. (1919: 575 599 877 M.), davon zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen 563 733 951 M. (548 872 040 M.), zum Bau von Ledigenheimen (Hospizen, Herbergen, Gesellenhäusern usw.) 26 737 837 M. (26 727 857); Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (für Bodenverbesserung, Ent- und Bewässerung, Moorkultur, Aufforstung, Wegebau, Kleinbahnen, Hebung der Viehzucht, Linderung der Futternot usw.) 134 544 791 M. (134 534 791); Wohlfahrtseinrichtungen 686 449 792 M. (682 933 201 M.), davon für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, Volksheilstätten, Invaliden- und Erholungsheimen, Siechenhäusern und für Kranken- und Invalidenpflege überhaupt 148 108 701 M. (145 961 278), für Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere für den Bau von Volksbädern, Schlachthäusern, Wasserleitungen, Kanalisationen, Friedhöfen 199 706 003 M. (199 367 003 M.), Erziehung und Unterricht, Hebung der Volksbildung 99 277 325 M. (99 217 325 M.), für sonstige Wohlfahrtszwecke 239 357 763 M. (238 387 595 M.). Die Aufwendungen für eigene Anstalten (Krankenhäuser, Heilanstalten, Lungenheilstätten, Erholungs- und Genesungsheime, Invalidenhäuser usw. betrugen 121 427 702 M. (96 899 364 M.).

Der Umfang der Unfallversicherung.

Dem vor kurzem über das Berichtsjahr 1919 veröffentlichten Jahresbericht über die Unfallversicherung ist zu entnehmen, daß in 117 Berufsgenossenschaften, 191 staatlichen Ausführungsbehörden, 380 Ausführungsbehörden von Gemeindeverbänden und Gemeinden und 14 Zweiganstalten rund 26 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren. Obwohl im Berichtsjahre einige Berufsgenossenschaften und Aufsichtsbehörden im abgetretenen Gebiete ausgeschieden sind, ist die Zahl der Versicherungsträger die gleiche geblieben. Auch die Zahl der Versicherten weist nur eine geringe Differenz gegen das Vorjahr auf. Eine genaue Vergleichsmöglichkeit ist nicht gegeben, einmal wegen des Ausscheidens der schon genannten Versicherungsträger und zweitens, weil von einzelnen Berufsgenossenschaften nicht berichtet wurde und dafür die alten Zahlen eingesetzt wurden. Auf die gewerbliche Unfallversicherung kamen 583 Versicherungsträger mit rund 9 750 000 Versicherten (davon auf die 67 Berufsgenossenschaften allein 8 439 937), auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung 104 mit rund 16,2 Millionen (davon auf die 49 Berufsgenossenschaften allein 16 015 000), und auf die See-Unfallversicherung 15 mit etwas über 90 000. Die Zahl der versicherten Betriebe stieg bei den 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften von 770 376 auf 801 706; dagegen war bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ein Rückgang von 5 080 059 auf 5 079 750 Betriebe zu verzeichnen.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten, die im Dienste der 68 gewerblichen und 49 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften standen, von 430 auf 282 zurückgegangen ist.

Aus der Partei.

Dänisches Parteijubiläum.

Am 21. Juli 1871 veröffentlichte die dänische Sozialdemokratie die erste Nummer eines sozialdemokratischen Wochenblattes, das bald darauf zur Tageszeitung „Socialdemokraten" in Kopenhagen wurde. In demselben Jahre wurde eine Abteilung der „Internationalen Arbeiter-Assoziation" sowie verschiedene Fach-Sektionen (Gewerkschaften) gestiftet. Da kurz darauf die dänische Abteilung der „Internationale" durch ein polizeiliches Verbot aufgelöst wurde, entstand der sozialdemokratische Bund, der sich zur politischen Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei entwickelte, während die fachlichen Sektionen sich zu Gewerkschaften heranbildeten, die später durch Verbände zentralisiert wurden.

Dänemark zählt 8 Millionen Einwohner. Anderthalb Millionen Frauen und Männer besitzen politisches Wahlrecht. An den letzten Wahlen beteiligten sich 77 Proz., das heißt 1 211 695 Wähler: auf die Sozialdemokratie fielen über 32 Proz. von den abgegebenen Stimmen oder nahezu 400 000.

Die politische Organisation der sozialdemokratischen Partei besteht jetzt aus 1008 Abteilungen mit etwa 130 000 Mitgliedern. Die 3113 Gewerkschaften haben 362 863 Mitglieder.

Die sozialdemokratische Presse besteht aus 15 selbständigen und 42 Kopfblättern. Die gesamte Tagesauflage beträgt 175 000 Exemplare. Ferner bestehen eine Reihe von kooperativen Unternehmen: Bäckereien, Brauereien, Schlächtereien, Einfuhr von und Handel mit Feuerung, Bauunternehmen, Buchhandel, Verlag, Druckereien und Bank. Arbeiterkonsumvereine finden sich in den Städten 27 mit 55 000 Mitgliedern, und außerdem Vereine in allen Landbezirken.

Die Sozialdemokratie hat die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung der Hauptstadt (33 von 55) und in 49 Gemeinden außerhalb Kopenhagens.

Das 50jährige Jubiläum wird durch die Herausgabe einer historischen Festschrift sowie durch große Feierlichkeiten im ganzen Lande begangen. Das Hauptfest wird in Kopenhagen gefeiert und durch einen Umzug eingeleitet, an dem sicherlich 100 000 Kopenhagener Arbeiter sich beteiligen werden.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Nutzeisen
Stabeisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Erzcobor". Tel. Lichtenbg. 646/647

Metall-Bettstellen

Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 38
Ecke Mahlower Str.
Fabrikpreise
Lieferung frei Haus
Fabrik f. Ruhebetten, Auflegematratzen u. Feldbettstellen.

Ausbau der Kinderfürsorge
durch die Gemeinde
von
Dr. Selma Schöler-Anweck
Eine notwendige Schrift für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen.
PREIS 2,75 MK.
Buchhdlg. Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

Preiswert und gut
kauft man
Damen- u. Herren-Stoffe
im
Tuchhaus M. E. FREITAG
Berlin, Molkenmarkt 14/15
Homespuns und Schlüpfer, die große Mode
Anzug- und Covercoatstoffe von M. 35 bis M. 200

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermeister
Neukölln, Ringbahnstraße 83 :: Tel. 909
Lieferant für höchste Staatsbeamten. Viele Anerkennungen und Dankschreiben. 1208

Zähne von 5 M. an Erstkl. Ausführung. 5 Jahre Garantie. Umarbeitg. alt. Gebisse Reparaturen sofort. Goldkronen Brücken. Teilzahl. 9-7, Sonnt. 9-1
Hempel, Dentist, Linienstr. 220, nahe Schönhauser Tor

Arbeitskleidung
Hosen
von 45.— bis 225.— M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Kohnen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Verkaufe oder tausche
mein Haus am Markt gelegen für 25 000 M. Seit 25 J. wird in diesem ein Friseurgeschäft nebst Fahrrad- und Maschinenhandel mit gutem Erfolg betr.
O. Bartsch, Poniec (Punitz) I. P.

Parzellen
günstige Lage, verkauft billig Steuereinnehm. Werner, Bahnhof Strausberg, Constantinstr. 7

Gardinen Spezial-Verkauf
in Stores, Künstler-, Madras- u. Multigarnituren. Bettdecken, Mull- u. Gardinenstückware. Besonders günstige Gelegenheitskäufe.
Franz Funck, Neukölln, Böhmische Str. 10 Gartenh. part. r.

Dr. med. Meyenberg G. m. b. H., a. d. Potsd. Br. Potsdamer Straße 27 b. Neuartige Behandlg. aller Geschlechtsleiden und Frauenleiden nach 14 D.-R.-Patenten bes. in veralteten Fällen, Verengung, Fäden i. Urin, schmerzlos u. bei gewohnter Lebensführung. Blutuntersuchung. Salvarsan. Das Buch: Sichere Heilung der Syphilis 10 Mark. Universalbehandlung der Frau 2 Mark. Prospekt kostenlos. Damenzimmer. 11—1, 5—7, Sonnt. 11—1 Uhr. 161/2

Existenz und Selbständigkeit
finden Sie durch Ankauf rentablen, billigen Geschäftes (auch mit Wohnung). Vollständig kostenlose Beratung und Nachweis geeigneter Geschäfte durch die bekannte Maklerfirma Klausenberg, Ritterstraße 22 (Moritzplatz) 9 bis 5. Große Auswahl nachweislich gutgehender Geschäfte jeder Branche Hunderte Referenzen vorliegend. Nur persönliche Auskunft.

Kleine Anzeigen nehmen folgende **„Vorwärts"-Ausgabestellen**
sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) Aktiengesellschaft an.

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 58, Hauptgeschäft.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenpl. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Süden: Bärwaldstraße 32, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Prinzenstr. 81, Hof rechts part. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Markusstr. 55. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Petersburger Platz 4. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Lübecker Str. 11. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Frau Schneider Reinickendorfer Str. 11. Papiergeschäft, Eingang Schönwalder Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Gartenstr. 9. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Badstraße 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof, Alt-Glienicke: Frl. Walter, Adlershof, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Röntgental, Lepenick, Schönerlinde, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Dannenberg, Bitterfelderstr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus „Paradies".
Buchholz, Blankenburg: Hainke, Buchholz, Bahnhofstr. 24.
Charlottenburg I: Sesenheimer Str. 1. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg IV: Nürnberger Str. 23.
Caarsdorf: Schönherr, Landsberger Str. 10.
Eichwalde-Schmöckwitz: Kähner, Bahnhofstr. 89.
Erkner: Albert Kernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Krehke, Waldstr. 28.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rünnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenwalter, Petershagen.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Halensee, Georg-Wilhelm-Str. 2.
Herzfelde: Martin Smolibowski.
Hennigsdorf: Emmrich, Rathausstr. 7.
Hohenneuendorf: Siegerts, Bismarckstraße.
Johannisthal: Alwin Gammisch Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Frau Stanke, Hentigstr. 32, vorn parterre.
Karlsdorf: Liebig, Finsterberger Str. 4.
Königs-Wusterhausen, Niederlehme: Friedr. Baumann, Königs-Wusterhausen, Berliner Str. 6.
Köpenick, Hirschgarten: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boghagener Str. 62. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenrade: Franz Wichura, Kaiser-Friedrich-Str. 9, Restaurant.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 3.
Lichterfelde-West: Schaedel, Hindenburgdamm 84.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 25.
Marienfelde: August Leip, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Fritz Greulich, Kirchstr. 27; Südring 762.
Neukoeln: Benzke, Riegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Hartrampf, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Nordend: O. Schiebener, Treptowstr. 14.
Rowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Loenhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Baul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Riksmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Frau Lack, Kurfürstenstraße 11.
Rahnsdorf: Teichert Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: W. Buro, Prinz-Heinrich-Str. 34.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 27. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Senftenberg: Friedewald, Chausseestr. 54.
Siemenstadt: Stein, Rennerbaum-Allee 22a.
Spandau: Bullack, Moritzstr. 14, Garth. 3 Tr.
Staaken: Frau Kuserau, Staaken, Scheidstr. 12.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Steglitz: Johnstr. 31, Ecke Schildhornstr. Restaurant Mahlow
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Waidmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf, Birkenwerder, Bergfelde, Stolpe und Borgsdorf: Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Teltow: Krüger, Schönow, Dorfstr. 9.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 5.
Treptow: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Grawenn, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Weißensee: Berliner Allee 54.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Hohlteinische Str. 10, Kaiserplatz 15.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wenner, Zehlendorf, Teltower Str. 8.
Zeuthen, Wiesdorf: Ernst Winterfeld, Zeuthen, Kurfürstenstr. 46.
Zossen: Albert Stein, Mittenwalder Str. 17.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.